21. Oktober 2021

Die Presseschau aus deutschen Zeitungen

In den Kommentarspalten der Zeitungen geht es um Flüchtlinge an der Grenze zwischen Polen und Belarus sowie um den Rücktritt des Bundesbankpräsidenten. Zunächst aber ist Bärbel Bas Thema, die SPD-Politikerin könnte neue Bundestagspräsidentin werden.

Bärbel Bas (SPD), könnte neue Bundestagspräsidentin werden (picture alliance/Fabian Sommer/dpa)

Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG schreibt: „Nun hat die SPD mit ihren gut 25 Prozent am Tag der Bundestagswahl zwar kein superheldenhaftes Ergebnis erzielt. Aber in diesen bewegten und beweglichen Zeiten reicht das, um die Besetzung der Staatsspitze maßgeblich mitzubestimmen. Was aber auch heißt: Man muss die Partei beim Wort nehmen. Olaf Scholz, der designierte Bundeskanzler, hat sich mehrfach als Feminist bezeichnet. Das kam der scheidenden Bundeskanzlerin so nicht über die Lippen. Scholz hat ein paritätisch besetztes Kabinett versprochen. Das wird noch mühsam genug.Umso grotesker wäre es gewesen, hätte die SPD für Kanzleramt, Bundestagspräsidium und Bundespräsidialamt keine geeignete Frau gefunden, die Staatsspitze also fast ausschließlich männlich besetzt gewesen wäre", hebt die F.A.Z. hervor.

DIE TAGESZEITUNG fügt hinzu: „Keine Frau als Bundestagspräsidentin zu nominieren käme 2021 einem gleichstellungspolitischen Affront gleich. Denn mit der sich abzeichnenden Ampelkoalition hätte ein männlicher Bundestagspräsident bedeuten können, dass die fünf höchsten Ämter der Republik nur mit Männern besetzt worden wären: Bundespräsident, Bundestagspräsident, Bundeskanzler, Bundesratspräsident und Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Eine solche männliche Machtfülle an der Staatsspitze wäre anachronistisch und für SPD und Grüne, die gesellschaftspolitische Aufbruchssignale senden wollen, schlicht ein Ding der Unmöglichkeit. Die SPD pocht auf Teilhabe, will Parität und bläst im Wahlprogramm zum ‚Jahrzehnt der Gleichstellung'. Eine Entscheidung für Fraktionschef Rolf Mützenich, der auch hoch gehandelt wurde, hätte die Partei gleich zu Beginn der neuen Legislatur Lügen gestraft", folgert die TAZ.

Die **STUTTGARTER ZEITUNG** kritisiert die Art und Weise, mit der Bas zur Kandidatin erkoren wurde: „Das aktuelle Beispiel zeigt, wie wenig Beteiligung immer noch selbstverständlich ist – damit sich etwas ändert, musste man quasi eine Brechstange in das Räderwerk werfen. Nachhaltig ist das nicht. Und der Politikerin, die so in Amt und Würden gelangt, dürfte erst recht das Etikett ‚Quotenfrau' anhängen. Das schreckt ab", meint die **STUTTGARTER ZEITUNG**.

Die **FREIE PRESSE** aus Chemnitz greift einen zusätzlichen Aspekt auf: „Die durch die Bundestagswahl weit nach links gerückte SPD-Fraktion hat mit dieser Personalentscheidung gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Die Frauen in der sozialdemokratischen Fraktion konnten besänftigt werden, weil eine der ihren das prestigeträchtige Amt übernehmen darf. Zudem gehört die 53-jährige Duisburgerin zur Gruppe der Parlamentarischen Linken in der Fraktion. Wichtiger war den Linken in der SPD aber offenbar, dass Rolf Mützenich Fraktionsvorsitzender bleiben kann. Denn der vertritt im Unterschied zu Olaf Scholz einen deutlich linkeren Kurs. Für den moderaten Scholz könnte das schon bei der Kabinettsbildung ein Problem werden, denn die Fraktion will mitreden. Die Linken in der SPD haben den künftigen Kanzler längst eingehegt", glaubt die **FREIE PRESSE**.

Ein anderes Thema ist der Rücktritt von Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG** analysiert: „Rot-grün-gelb hat sich bisher Respekt weit über das eigene Lager hinaus erworben, von einem ‚neuen Politikstil' ist die Rede, gar von einer Zeitenwende. Dazu hier ein Vorschlag: Es wäre regelrecht ein Ausbund von Weisheit, als Weidmann-Nachfolger wieder einen Hardliner der Geldpolitik zu berufen. Jemanden, der die künftige Koalition Tag für Tag ‚challenged', wie es im Berater-Deutsch heißt. Übrigens hat es das schon gegeben, mehrmals sogar: Der Konservative Axel Weber ist seinerzeit von der ersten rot-grünen Regierung ausgewählt worden, und der Sozialdemokrat Karl-Otto Pöhl vom CDU-Kanzler Helmut Kohl – das sei doch hier zur Nachahmung empfohlen", so die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG**.

Die **AUGSBURGER ALLGEMEINE** bilanziert: „Weidmann war der Vater Courage der Euro-Gemeinschaft. Er ließ Anleger hoffen, irgendwann könne der Irrsinn der Null- und Negativzinspolitik ein Ende haben. Nun scheint ihn der ewige Kampf zermürbt zu haben. Schließlich wäre seine Position in Zeiten deutlich steigender Inflationsraten noch schwieriger geworden", urteilt die **AUGSBURGER ALLGEMEINE**.

Der **KÖLNER STADT-ANZEIGER** kommentiert zu Weidmanns Rücktritt: „In einem Abschiedsbrief an die Belegschaft erläutert er noch einmal sein Credo: Eine stabilitätsorientierte Geldpolitik sei dauerhaft nur möglich, wenn sie ‚ihr enges Mandat achtet'. Das lässt sich als Mahnung an den Nachfolger lesen: Die Europäische Zentralbank soll sich strikt am Ziel einer niedrigen Inflation – um die zwei Prozent – orientieren. Weidmann hat jahrelang im Rat der EZB für diese Position gekämpft – am Ende vergeblich", bemerkt der **KÖLNER STADT-ANZEIGER**.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn will den Corona-Notstand in Deutschland Ende November auslaufen lassen. Die **RHEIN-ZEITUNG** aus Koblenz sieht das kritisch: „Spahns Sicht ist blind für die pandemische Wucht des Virus. Während in Teilen Afrikas mittlerweile in etwa so viele Menschen mit Corona infiziert sind wie in Europa Menschen geimpft wurden, diskutieren wir über eine Freiheit, die wir

doch längst in großen Teilen durch das Privileg der Impfung zurückgewonnen haben. Unser primäres Ziel müsste es nun sein, diese Pandemie auch im Eigeninteresse global wegzuimpfen. Stattdessen wollen wir mit der epidemischen Lage das effektive Instrument aus der Hand geben, das uns relativ gut durch diese Krise gerettet hat und das uns erneut schnell helfen wird, wenn uns eine Mutation bedroht, gegen die unsere Impfung nichts ausrichten kann", moniert die **RHEIN-ZEITUNG**.

Die **ALLGEMEINE ZEITUNG** aus Mainz sieht das anders: „Wer 2G jetzt für die beste Lösung hält, liegt vielleicht beim Gesundheitsschutz für die Teilnehmer richtig. Aber er blendet aus, welches enorme gesellschaftliche Spaltpotenzial diese Regel hat. Dies darf nur eine Notlösung für bestimmte Anlässe sein, nicht eine weit verbreitete Dauereinrichtung. Auch wenn sich offenbar viele Politiker und Bürger an strenge Regeln gewöhnt haben: Sobald wie möglich muss die ‚epidemische Lage von nationaler Tragweite' auch offiziell beendet werden. Aber leider ist es noch nicht ganz soweit", vermerkt die **ALLGEMEINE ZEITUNG**.

Viele Flüchtlinge harren an der Grenze zwischen Polen und Belarus. Die EU wirft dem belarussischen Präsidenten Lukaschenko vor, die Menschen in sein Land zu holen und weiterzuschicken, um die EU unter Druck zu setzen. Die **FRANKFURTER RUNDSCHAU** findet: „Es ist ein menschenverachtendes Spiel, das der belarussische Herrscher Lukaschenko mit schutzsuchenden Menschen spielt, die er an die Außengrenze der Europäischen Union schleust. Die Kopflosigkeit, mit der die EU auf die Provokation reagiert, zeigt allerdings, dass sie sich mit ihrer Abwehrpolitik erpressbar gemacht hat. Zum Leid der geflüchteten Menschen trägt Polen erheblich bei, das die Betroffenen brutal auf die andere Seite der EU-Außengrenze zurückdrängt. Es trägt nichts zur Lösung dieser humanitären Notlage bei, wenn Innenminister Seehofer nun verstärkte deutsch-polnische Patrouillen an der gemeinsamen Grenze ankündigt", unterstreicht die **FRANKFURTER RUNDSCHAU**.

Die **VOLKSSTIMME** aus Magdeburg befindet: „Was sollen schärfere Kontrollen nutzen, wenn sich die meisten der illegalen Ankömmlinge selbst bei der Polizei melden, um Asyl zu beantragen? Sinnvoll wäre eher, Polen und die Länder des Baltikums bei der Sicherung der EU-Außengrenze zu unterstützen. Aber auch eine scharf bewachte und mit wirksamen Sicherungsanlagen ausgestattete Grenze würde die Flüchtlingsbewegung nicht vollends stoppen. Sie wird zum Hohn der Europäer von Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko in Gang gehalten. Bitter, aber wahr: Die EU schafft es nicht, den Machthaber in Minsk mit ihren Sanktionen in die Schranken zu weisen." Und mit diesem Kommentar aus der **VOLKSSTIMME** endet die Presseschau.

Deutschlandradio © 2009-2021